

## **Korrespondenz zwischen Herrn Franz Piwonka und dem Auswärtigen Amt in Berlin**

**Von:** Franz Piwonka [<mailto:franz.j.piwonka@gmail.com>]

**Gesendet:** Samstag, 3. Juni 2017 01:26

**An:** Poststelle des AA

**Betreff:** Anfrage bezüglich unterschiedlicher Handhabung von Sanktionen gegen Staaten

Sehr geehrter Herr Dr. Ederer,

ich hoffe, dass ich bei Ihnen richtig bin, im anderen Fall möchte ich Sie bitten, mein Schreiben an die richtige Stelle weiterzuleiten.

Ich schreibe Sie an, weil ich eine eklatante Inkonsistenz des Handelns der westlichen Welt in Fragen der Sanktionierung von Staaten erkenne. Ich wähle das Beispiel Russland, um es mit dem Fall des israelischen Staates zu vergleichen. Der israelische Staat verstößt seit mindestens 50 Jahren täglich gegen das Völkerrecht, insbesondere, was die Besetzung des Westjordanlandes betrifft. Nicht nur das, es ist offensichtlich die Absicht der israelischen Politiker, durch die permanente Ausweitung der Besiedlung eine Zwei-Staatenlösung zu verunmöglichen.

Im Vergleich zu Russland lädt somit Israel wesentlich mehr Schuld auf sich, so dass sich unweigerlich die Frage stellt, warum nun gerade der israelischen Politik freie Hand gewährt wird (in pädagogischer Begrifflichkeit müsste man davon sprechen, dass Akteure immer maßloser werden, wenn ihnen keinerlei Grenzen aufgezeigt werden), während hingegen Russland seit Jahren mit Sanktionen belegt wird. Da diese Politik in keinster Weise konsistent ist, möchte ich Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Piwonka

---

**Von:** NAHOSTREFERAT [<mailto:nahostreferat@zentrale.auswaertiges-amt.de>]

**Gesendet:** Montag, 12. Juni 2017 13:27

**An:** [franz.j.piwonka@gmail.com](mailto:franz.j.piwonka@gmail.com)

**Betreff:** Anfrage bezüglich unterschiedlicher Handhabung von Sanktionen gegen Staaten

Sehr geehrter Herr Piwonka,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 3. Juni 2017 an Staatssekretär Dr. Ederer, der das Nahostreferat bat, Ihnen zu antworten.

Grundsätzlich lassen sich außenpolitische Situationen nicht ohne weiteres vergleichen, weshalb die Bundesregierung diese auch unterschiedlich handhabt. Wir werden uns daher bei unserer Antwort auf den Nahostkonflikt, der Sie offenbar vorrangig interessiert, beschränken. Im Nahostkonflikt ist die Bundesregierung überzeugt, dass zur Lösung dieses Konfliktes nur eine im Einvernehmen zwischen den Parteien gefundene Lösung, die sämtliche offenen Fragen und Streitpunkte abschließend

klärt und den berechtigten Forderungen und Interessen beider Seiten gerecht wird, nachhaltig sein und die Region dauerhaft befrieden kann. Die Bundesregierung setzt sich daher gegenüber allen Seiten dafür ein, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Politisches Engagement und gegenseitiger Austausch sind nach Ansicht der Bundesregierung effektivere Mittel, um ihre Sorgen in Bezug auf den Nahostkonflikt anzusprechen und auf eine friedliche Lösung hinzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Nahostreferat des Auswärtigen Amts

---

12.06.2017

Sehr geehrte Damen und Herren des Nahostreferats,

leider ist Ihre Antwort sehr unbefriedigend. Sie sind in keiner Weise auf meine Frage bezüglich der so unterschiedlichen Reaktion Deutschlands auf Rechtsbrüche Israels und Russlands eingegangen.

Bei meinen Recherchen im Internet konnte ich sehr schnell feststellen, dass Sie anderen Briefeschreibern in ähnlich nichtssagender Weise antworten. Dass Sie im Antwortschreiben nicht einmal den Autor oder die Autorin angeben, zeugt nicht nur von einem Mangel an Anstand und Höflichkeit, sondern auch davon, dass Sie nicht bereit oder nicht in der Lage sind, sich mit kritischen Anfragen auseinanderzusetzen.

Ihre Antworten bestehen aus nichts anderem als aus vorgefabrizierten Satzbausteinen, die Sie je nach Anfrage einfach variieren. Das, was Sie mir „geantwortet“ haben, werden Sie wahrscheinlich auch noch in zehn Jahren schreiben. Die ungehemmte Phraseologie, derer Sie sich bedienen, zeugt von Indolenz gegenüber leidgeprüften Menschen. Diese Antwort ist nur eine Ersatzhandlung.

Ihre Antwort ist auch menschenverachtend. Damit eine auf beiderseitigen Vereinbarungen entstehende Lösung zustande kommt, dürfen täglich schlimmste Menschenrechtsverletzungen, bis hin zur systematischen Misshandlung und Folter von palästinensischen Kindern in israelischen Gefängnissen, guten Gewissens hingenommen werden. Die „ehrenhafte“ Absicht, eine Verhandlungslösung anzustreben, müssen die Palästinenser mit allen Folgen ausbaden, sie müssen täglich Schikanen und Qualen erleiden ohne Aussicht auf Veränderung ihrer Lage, und das alles im Dienste einer Verhandlungslösung, die aber nie eintreten wird.

Es weiß mittlerweile jeder, dass diese Verhandlungslösung nie zustande kommen wird. Was soll die israelische Politik denn noch alles unternehmen, um der Weltgemeinschaft unter Beweis zu stellen, dass sie unter keinen Umständen zu einer Zwei-Staaten-Lösung bereit ist. Der hemmungslose Ausbau von Siedlungen ist der dokumentierte Beleg dieser kategorischen Weigerung.

Die Vorgehensweise der deutschen Politik ist in keinster Weise konsistent. Es war vorauszusehen, daß die Sanktionen gegen Russland ohne jede Wirkung bleiben werden, Sanktionen gegen Israel hingegen auf jeden Fall prompte Wirkungen zeitigen würden, weil dieser Staat im wahrsten Sinne des Wortes am Tropf der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ hängt. Und dennoch müssen die Palästinenser weiterhin täglich Qualen und Schikanen erleiden. Die sogenannte „westliche Wertegemeinschaft“ verrät somit täglich auf schändliche Weise ihre eigenen Werte.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Piwonka